

Oktober 2013

AMNESTY JOURNAL

DIE ZEITSCHRIFT FÜR MENSCHENRECHTE



DIE DUNKLE SEITE DER MACHT

STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT IN RUSSLAND

INHALT

REUTERS/Oksana Yushko



4



8



18

REUTERS/Bassam Khabieh

REUTERS/John Kolesidis

3 Editorial

4 Russland - Alles unter Kontrolle

Mit aller Macht versucht die russische Regierung, jede kritische Regung in der Gesellschaft zu unterbinden.
Von Peter Franck

8 Syrien

Deir Ezzour - Die geteilte Stadt
Von Donatella Rovera

9 Aktuell

10 Botschafterin des Gewissens

Malala Yousafzai hat den Amnesty-Menschenrechtspreis „Ambassador of Conscience“ erhalten.

11 „Everyday Rebellion“:

Eine interaktive Internetplattform ruft zum friedlichen Ungehorsam auf.

12 Keine Zeit für Lorbeeren

13 Aktiv für Menschenrechte

14 Rassismus im öffentlichen Raum – Was tun?

15 „Man kann die Kranken nicht einfach wegschicken“.

Von Sonja Fercher

16 Wahlwechsel:

Wer die Staatsbürgerschaft hat, hat die Wahl

17 Menschenrechte sind keine Sozialmaßnahmen

Von Martin Ladstätter

18 Menschenrechtsarbeit im Urlaubsparadies

Im Juli dieses Jahres fand das 2. „International Human Rights Camp“ auf der griechischen Insel Lesbos statt.

Von Alexandra Schiessendoppler

21 Nachruf auf unsere langjährige Mitarbeiterin Christl Schmutz

22 Aktiv für Menschenrechte

Impressum: Amnesty International. Informationen 022033408. **Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** Amnesty International Österreich, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1. Stock, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44. E-Mail: info@amnesty.at. **Chefredaktion:** Christine Newald; **Finanz- und Spendenverwaltung:** Christian March; **Datenschutzbeauftragte:** Christine Newald; **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Sonja Fercher, Peter Franck, Stefanie Geier, Heidrun Gröbinger, Martin Ladstätter, Anna Petretto, Tanja Prinz-Alves, Alexander Prvulovic, Donatella Rovera, Silke Ruprechtsberger, Daniela Schier, Alexandra Schiessendoppler, Barbara Schodl, Franz Staudinger, Andrea Strasser-Camagni. *Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.* **Design:** Patricio Handl; **Lektorat:** Cornelia Schweinberger; **Foto Cover:** REUTERS/Cris Toala Olivares **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: (c) Al. **Druck:** Druckerei Berger, Wienerstraße 80, 3580 Horn; **Amnesty-Spendenkonto:** PSK 1.030.000. **Vereinsregister:** ZVR 407408993



EDITORIAL

Jeder und jede ist gefordert

Von Christine Newald

Der Wunsch nach Veränderung und politischem Engagement wird überall auf der Welt stärker. Weltweit zählen wir heute 10 Millionen zivilgesellschaftliche Initiativen, vor zehn Jahren waren es noch eine Million. NGOs zeigen Missstände auf, kritisieren das herrschende System und machen gegen Ungerechtigkeit mobil. Gleichzeitig wird ihre Arbeit in vielen Ländern zunehmend behindert. Mit restriktiven Gesetzen und bürokratischen Schikanen versuchen Staaten wie Russland, jede kritische Stimme mundtot zu machen – wohl ein Zeichen dafür, dass sich die Machthaber bedroht fühlen.

Durch die Menschenrechte werden die Rechte der Menschen, als freies Individuum zu handeln, geschützt und gefördert. Denken wir an den Arabischen Frühling: In Tunesien oder Ägypten war es lange Zeit undenkbar, gemeinsam auf die Straße zu gehen. Auch wenn Demokratie und Menschenrechte längst noch nicht selbstverständlich sind: Auf einmal haben die Menschen sich zusammengetan, den Mund aufgemacht und Veränderungen bewirkt. Auch in China, Indien, Brasilien oder der Türkei gibt es immer weniger Scheu, gegen Korruption oder Enteignungen zu protestieren. Viel ist in Bewegung und lässt darauf schließen, dass in den kommenden Jahren weltweit noch einiges passieren wird. Es reicht nicht aus, dass demokratische Wahlen stattfinden. Die Menschen wollen mehr.

Genauso, wie der globale Wandel sich zuerst im Lokalen bewähren muss, bevor er eine Welt umfassende Dimension einnimmt, braucht es den Wandel im Einzelnen: Jeder und jede ist gefordert, sich den eigenen Denkschablonen, Vorurteilen und Ängsten zu stellen, um wacher und sensibler

zu werden. Denn Zivilgesellschaft ist auch eine Frage der Werteorientierung. Wie verbindlich sind für mich demokratische Grundwerte wie Toleranz, Hilfsbereitschaft, Solidarität mit den Schwächeren?

Auch in Österreich treten Menschen in die Öffentlichkeit, die lange Zeit nicht sichtbar waren: Migrantinnen und Migranten, die nicht wählen dürfen, Menschen, die keine Sozialversicherung haben, Menschen mit Behinderung, die selbstbewusst ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft einfordern. Lauter Träumer und Denkerinnen, wachsame und aufgeweckte Menschen, die mit der Kraft dessen, was sie ausmacht, ihren Weg gehen und so ein Stück zu einem Wandel beitragen, der zu mehr Demokratie, zu mehr Menschenrechten und zu mehr gegenseitigem Verständnis führt.

Was es dafür braucht, ist der Mut, Vorbehalte über Bord zu werfen, sich der Angst zu stellen, die Kontrolle zu verlieren und die Zügel aus der Hand zu geben. Wenn man Mutigsein lernen will, dann wohl am ehesten dadurch, indem man Selbstvertrauen stärkt. Wissen hilft auch. Und Bildung.

Denn welche Chancen die Demokratie vor dem globalen Hintergrund hat, hängt auch von der Bereitschaft jeder und jedes Einzelnen ab, neue Freiheiten einzufordern und sie in die Gesetze der Staaten, in denen wir leben, einzuschreiben.

Lassen Sie sich inspirieren,

Christine Newald



DIE EXEKUTIVE IN RUSSLAND GEHT WENN NÖTIG MIT GROSSER HÄRTE GEGEN EINZELNE VOR.

ALLES UNTER KON



Begleitet von Massenprotesten gegen die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen trat Präsident Wladimir Putin im Mai 2012 seine dritte Amtszeit an. Seitdem ist es noch schwerer geworden für die Menschenrechte in Russland. Hielten sich die russischen Behörden bereits zuvor oft nicht an geltende Gesetze, so ist seither zu beobachten, dass die Rechtsprechung der menschenrechtswidrigen Praxis angepasst wird: Die Vorschriften über Nichtregierungsorganisationen, die Bestimmungen über Landesverrat und zum Demonstrationsrecht wurden ver-

schärft. Außerdem wurden ein Gesetz gegen die Propaganda „nicht-traditioneller“ sexueller Beziehungen und das sogenannte „Blasphemiegesetz“ verabschiedet.

Darüber hinaus gehen die Behörden mit großer Härte gegen Einzelne vor. Die Verurteilungen der Frauen von „Pussy Riot“, die strafrechtliche Verfolgung führender Persönlichkeiten der Opposition wie Alexej Nawalny, die Stilisierung der Proteste am Bolotnaja-Platz zu „Massenunruhen“ samt einer entsprechenden Strafverfolgung der Demonstranten sind dafür Beispiele. Insgesamt geht es der „Macht“ offenbar um Einschüchterung und um eine staatliche Kontrolle aller gesellschaftlichen Aktivitäten.



ITROLLE

Schikanen gegen Minderheiten, langjährige Haftstrafen für Oppositionelle: Mit aller Macht versucht die russische Regierung, jede kritische Regung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Von Peter Franck

AGENTENGESETZ Vor der Sommerpause 2012 hatte das Parlament neue Bestimmungen über „Nichtkommerzielle Organisationen“ beschlossen, die im November vergangenen Jahres in Kraft traten und als „Agentengesetz“ bekannt geworden sind. Danach sind russische NGOs, die meist als „Nichtkommerzielle Organisationen“ gemeldet sind, verpflichtet, sich beim Justizministerium als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen, wenn sie aus dem Ausland finanziell unterstützt werden und „politisch tätig“ sind.

Am 14. Februar 2013 forderte Putin in einer Rede vor Offizieren der Sicherheitskräfte diese auf, die russische Bevölkerung zu schützen. So wie niemand das Recht habe, Hass zu säen,

die Gesellschaft aufzuwiegeln und das Leben, das Wohlergehen sowie den Frieden von Millionen von Bürgern zu gefährden, habe niemand das Monopol, für die russische Gesellschaft zu sprechen. Dies gelte vor allem für Organisationen, die vom Ausland finanziert würden und ausländischen Interessen dienten.

Das Signal wurde verstanden. In der Folge erschienen überall im Land Vertreter unterschiedlichster Behörden bei Hunderten von NGOs. Sie tauchten bei den Organisationen auf und forderten die Übergabe verschiedenster Papiere. Alles war von Interesse: Buchhaltungsunterlagen, Dokumente, die den Brandschutz betreffen, Veröffentlichungen, um nach Anhaltspunkten für

extremistische Straftaten zu suchen. Betroffen waren bekannte Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, Umweltgruppen und religiöse Organisationen bis hin zur katholischen Kirche. In Deutschland erregten die Überprüfungen der Büros deutscher politischer Stiftungen und der Außenstelle des Internationalen Sekretariats von Amnesty International besondere Aufmerksamkeit, obwohl sie als nicht-russische Organisationen vom „Agentengesetz“ selbst nicht unmittelbar betroffen sind. Bei einigen Kontrollen war das offenbar vorab informierte staatliche Fernsehen dabei und berichtete in den Abendnachrichten über den Kampf der Behörden gegen „ausländische Umtriebe“.



„FUNKTIONIERT“ HAT DIE JUSTIZ AUCH IM FALL DES OPPOSITIONSFÜHRERS ALEXEJ NAWALNY. DER RECHTSANWALT WURDE WEGEN ANGEBLICHER VERUNTREUUNG ZU FÜNF JAHREN HAFT VERURTEILT.



NADEZHA TOLOKONNIKOVA, EINE DER BEIDEN MITGLIEDER DER PUNKBAND PUSSY RIOT, DIE SICH TROTZ WELTWEITER PROTESTE WEITERHIN IN HAFT BEFINDEN.



POLIZEIBEAMTE STOSSEN EINEN AKTIVISTEN BEI DER GAY-PRIDE IN ST. PETERSBERG AUF DIE SEITE.

UND DIE ERGEBNISSE? Nach Angaben von Jens Siegert, dem Leiter des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, die seit Jahren eng mit vielen russischen Organisationen zusammenarbeitet, haben (Stand Mai) 43 NGOs nach den Überprüfungen Bescheide erhalten, die von einer möglichen „Agententätigkeit“ ausgehen. Allerdings hätten nicht alle betroffenen Organisationen die Ergebnisse der Überprüfung öffentlich gemacht. Laut Siegert stellte die Staatsanwaltschaft in zehn Fällen fest, dass NGOs unter das „Agentengesetz“ fallen. Ihnen wurde eine Frist zur Registrierung gesetzt. In einigen Fällen wurden bereits Strafzahlungen angeordnet. Einige der betroffenen NGOs wandten sich daraufhin an Gerichte und erzielten teilweise juristische Erfolge. So sind inzwischen drei Urteile aus St. Petersburg und Perm bekannt, in denen die Richter Bescheide aufhoben, weil sie im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft keine „politische Tätigkeit“ der Organisationen feststellen konnten.

Es ist bemerkenswert, dass es quer durch alle russischen NGOs eine unangesprochene Übereinstimmung gab, sich keinesfalls als „ausländische Agenten“ zu registrieren. Man verstand die Absicht des Gesetzgebers genau: Mit der Selbstregistrierung sollten sich die Organisationen vor der eigenen Gesellschaft demütigen und als „ausländische Agenten“ außerhalb eines Gemeinwesens stellen, das Präsident und Regierung als das ihre begreifen.

Die Idee, das eigene Staatsvolk in schwieriger Zeit hinter sich zu bringen und Minderheiten auszugrenzen, dürfte auch hinter einem weiteren neu verabschiedeten Gesetz stehen. Es verbietet unter Androhung von Geldbußen, Propaganda für „nicht-traditionelle“ sexuelle Beziehungen, wenn Minderjährige davon Kenntnis nehmen können. Was unter einer solchen „Propaganda“ im Einzelnen zu verstehen ist, bleibt offen. Das vom Parlament einstimmig beschlossene und von Präsident Putin Ende Juni 2013 unterzeichnete Gesetz schürt die ohnehin verbreitete und insbesondere von der russisch-orthodoxen Kirche unterstützte homophobe Stimmung in der russischen Gesellschaft. Angriffe auf Homosexuelle, die zudem im Internet gegen ihren Willen „geoutet“ werden, zeigen, wie schwer



es sexuelle Minderheiten in Russland mittlerweile haben. Wenn der russische Staat solchen Übergriffen nicht öffentlich und deutlich begegnet, kommt er seinen Schutzpflichten nicht ausreichend nach.

HARTES VORGEHEN GEGEN EINZELNE. Durch exemplarisch hartes Vorgehen gegen Einzelne wird Druck auf all jene ausgeübt, die sich in Russland eine eigene Meinung bilden und diese unabhängig in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen wollen. Die Verurteilung der Frauen von „Pussy Riot“ zu zweijährigen Haftstrafen war zwar nach russischem Recht gar nicht möglich. „Die Macht“ konnte sich jedoch auf ihre Gerichte verlassen und ungeachtet weltweiter Proteste sind zwei der drei verurteilten Frauen noch immer in Haft. Mit dem von Präsident Putin Ende Juni 2013 unterzeichneten „Blasphemie-Gesetz“ wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass künftig in vergleichbaren Fällen nicht erst der Vorwurf des „Rowdytums“ bemüht werden muss, um zu einer Verurteilung zu gelangen. „Funktioniert“ hat die Justiz auch im Fall des Oppositionsführers Alexej Nawalny. Der Rechtsanwalt wurde im Juli 2013 in erster Instanz wegen angebli-

cher Veruntreuung zu fünf Jahren Haft verurteilt. Anschließend wurde er aber überraschend freigelassen, bis das Urteil rechtskräftig ist. Er kandidierte im September für das Amt des Moskauer Oberbürgermeisters. Ein Mitangeklagter erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren. Amnesty bewertete die Anklagen, die nach einem bereits zweimal eingestellten Ermittlungsverfahren schließlich doch noch erhoben wurden, als völlig inkonsistent und setzte sich für die beiden Männer ein. Kurz nach dem Prozess gegen Nawalny gab es Berichte, wonach der als Beratungsgremium Putins fungierende „Menschenrechtsrat“ beschlossen habe, das Urteil solle von Experten nach seiner Rechtskraft öffentlich untersucht werden.

„BOLOTNAJA-VERFAHREN“ In Moskau hat inzwischen das „Bolotnaja-Verfahren“ begonnen, in dem zwölf Demonstranten, die angeblich an körperlichen Auseinandersetzungen bei der Demonstration anlässlich der Amtseinführung Putins beteiligt gewesen sein sollen, vor Gericht stehen. Es spricht viel dafür, dass gezielte Provokationen die Zusammenstöße mitausgelöst haben. Bei einigen

Angeklagten fehlen zudem Hinweise darauf, dass sie an den Auseinandersetzungen überhaupt beteiligt waren. Außerdem werden sie wegen des schwerwiegenden Delikts der „Teilnahme an Massenunruhen“ verfolgt. Damit drohen ihnen Freiheitsstrafen von bis zu acht Jahren. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist zu bezweifeln, dass sie ein faires Verfahren erhalten werden.

Das „Bolotnaja-Verfahren“ macht deutlich, dass die Repräsentanten des russischen Staates den Bürgern grundsätzlich zutiefst misstrauen. Die Vorstellung, dass diese unabhängig handeln und dabei auch die Regierung kritisieren, ohne von außen „gesteuert“ zu sein, ist der Vorstellungswelt vieler, die derzeit in Russland Macht ausüben, fremd. Es bleibt zu hoffen, dass sich insbesondere die jungen Menschen in Russland, die sich einmischen und ihr Gemeinwesen kreativ mitgestalten wollen, nicht mehr einschüchtern lassen. Und dass die NGOs, mit denen Amnesty International seit langer Zeit zusammenarbeitet, dem Druck standhalten.

Peter Franck ist Sprecher der Russland-Ländergruppe von Amnesty International Deutschland.



DEIR EZZOUR – DIE GETEILTE STADT

Von Donatella Rovera

Nur wenige Außenstehende verspricht es in diese abgelegene Ecke von Syrien. Keine Menschenrechtsorganisation und nur eine Handvoll Journalisten haben die Stadt besucht. Der von der Opposition kontrollierte Teil der Stadt ist der einzige Bereich, den ich erreichen kann, da die syrische Regierung Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen aus diesem Teil des Landes verbannt hat.

Die Straßen sind unheimlich still und ein Großteil der Stadt ist nur noch eine Ruine. Viele der Bewohner sind geflohen. Die leeren Hüllen der ausgebrannten und zerbombten Gebäude säumen die Straßen – ein Beweis für die unbittlichen Luftangriffe und den Panzerbeschuss durch Präsident Bashar al-Assads Truppen.

Der einzige Weg nach Deir Ezzour führt über eine Brücke, die regelmäßig von Heckenschützen der Regierungstruppen beschossen wird. Es ist wenig überraschend, dass dort kaum Verkehr herrscht. Mit halsbrecherischer Geschwindigkeit fahren einige Taxis die Bewohner durch die Gegend, um den Kugeln auszuweichen.

Diejenigen, die die Brücke zu überqueren wagen, werden oft getötet oder verletzt – Zivilisten und Soldaten gleichermaßen. Zwei Stunden nach meiner Ankunft in der Stadt finde ich mich in einem örtlichen Krankenhaus wieder, wo diese Gefahr sofort Realität wird. Ein junger Mann, der beim Überqueren der Brücke erschossen worden war, wurde ins Krankenhaus gebracht und für tot erklärt. Eine großkalibrige Kugel hatte eine klaffende Wunde in die linke Hälfte seines Kopfes gerissen – er hätte nie und nimmer eine Chance gehabt. Jeder, den ich treffe, hat Verwandte und Freunde verloren; viele durch wahllose Bombardierungen, andere wurden hingerichtet.

Abd al-Wahed Hantush, ein 38-jähriger Feuerwehrmann, verlor im Oktober letzten Jahres sechs Familienangehörige. Seine Mutter, seine Ehefrau und seine zwei Kinder wurden getötet. Ihr Auto geriet unter Beschuss, als sie versuchten, auf die andere Seite der Stadt zu gelangen.

„Sie wollten meine Schwester in einem Bezirk der Stadt besuchen, der von Regierungstruppen kontrolliert wird“, erzählte mir Abd al-Wahed. „Außer

durch die Hügel am Rande der Stadt gab es keinen Weg zurück. Sie wussten, dass es gefährlich war.“

Zurück schafften sie es nicht. Ihre niedergemetzelten und halb verbrannten Körper wurden am nächsten Tag gefunden. Auch Abds Bruder und seine Frau wurden gemeinsam mit Dutzenden anderen Zivilisten am selben Tag getötet.

Abd al-Wahed begann zu weinen, als er mir Fotografien seiner fünfjährigen Tochter Sham und seines dreijährigen Sohnes Abderrahman auf seinem Handy zeigte. „Sie waren alles, was ich hatte, ich habe alles verloren“, sagte er. Wie allzu oft sind es auch im syrischen Bürgerkrieg die Zivilisten, die die Hauptlast der Gewalt tragen. Die Bevölkerung von Deir Ezzour fühlt sich zunehmend vom Rest der Welt verlassen. Je länger dieser Konflikt dauert, desto größer wird der Schaden für die syrische Gesellschaft sein – und desto länger wird es dauern, bis die Wunden des Konflikts heilen.

Donatella Rovera ist Researcherin bei Amnesty International in London.

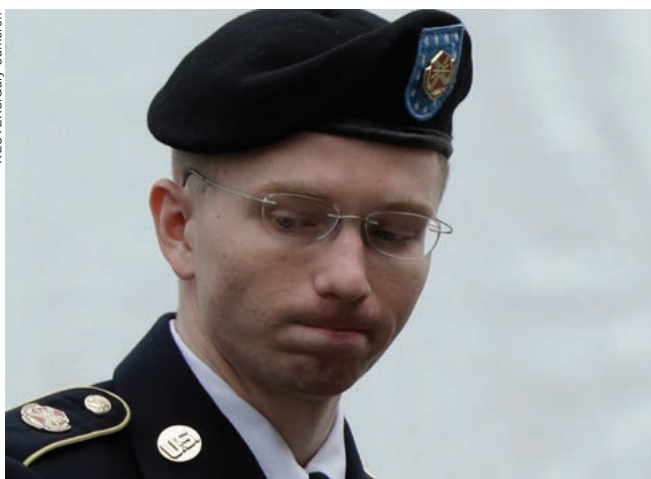
AKTUELL

SLOWAKEI: ROMA-KINDER IN GETRENNTEN KLASSEN

In der Slowakei hat genauso wie bei uns ein neues Schuljahr begonnen. Und noch immer werden dort die meisten Roma-Kinder in separaten Klassen eingeschult. Die ethnische Minderheit der Roma wird im slowakischen Bildungswesen seit Jahren systematisch diskriminiert. Amnesty International macht in einem neuen Bericht die slowakische Regierung für diesen Missstand verantwortlich. Obwohl die Diskriminierungspraxis illegal sei, bleibe die Regierung des Landes untätig. Schätzungen zufolge leben rund 500.000 Roma in der Slowakei, das sind gut zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Die meisten Roma leben in Armut und werden gesellschaftlich ausgegrenzt.



REUTERS/Gary Cameron



USA: WHISTLEBLOWER MANNING ZU 35 JAHREN HAFT VERURTEILT



35 Jahre sind eine lange Zeit und eine harte Strafe für den US-Whistleblower Manning. An ihm soll wohl ein Exempel statuiert werden, um Nachahmer abzuschrecken. Ein US-Militärgericht hat den Obergefreiten Bradley Manning am 21. August zu 35 Jahren Haft verurteilt. Bei guter Führung kann Manning frühestens in neun Jahren auf Bewährung

freikommen. Manning soll 2010 rund 700.000 vertrauliche Depeschen und Militärunterlagen an die Enthüllungsplattform WikiLeaks weitergeleitet haben. Die Geheimdokumente beleuchten unter anderem Vergehen des US-Militärs in Afghanistan und im Irak. Manning, der mittlerweile erklärt hat, fortan als Frau leben zu wollen, hat US-Präsident Obama nach der Urteilsverkündung um Begnadigung gebeten. Amnesty unterstützt das Gnadengesuch.

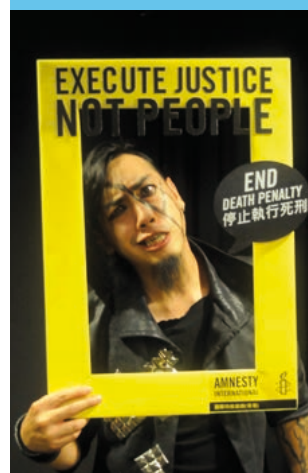
„Die US-Regierung wäre besser beraten, ihre Aufmerksamkeit auf die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen zu richten, die ihre Beamten im Namen der Terrorbekämpfung begangen haben. Stattdessen sperren sie Bradley Manning für mehrere Jahrzehnte ein“, sagte Amnesty-Expertin Widney Brown.

REUTERS/Jonathan Ernst



DANIEL ELLSBERG, BEI EINER DEMONSTRATION FÜR BRADLEY MANNING

KARIBIK: TODESSTRAFE GEGEN STEIGENDE MORDRATEN



Bei Karibik denkt man an Strand, Palmen und Reggae, aber nicht an Hinrichtungen. Und doch gehören die englischsprachigen Karibik-Staaten zu den Verfechtern der Todesstrafe. Dagegen protestiert Amnesty International am 10. Oktober, dem Welttag gegen die Todesstrafe.

Trotz positiver Entwicklungen in den vergangenen fünfzig Jahren leben immer noch zwei Drittel der Menschheit in einem Staat, der hinrichtet. Als die UNO-Generalversammlung zuletzt 2012 über eine Resolution zur weltweiten Aussetzung der Todesstrafe abstimmte, votierten die Staaten der englischsprachigen Karibik geschlossen dagegen. Politiker und Justizbehörden der Region propagieren die Todesstrafe als Lösung für das Problem steigender Mordraten.

Auf diese Missstände in den Staaten der englischsprachigen Karibik macht Amnesty am 10. Oktober, dem Welttag gegen die Todesstrafe, aufmerksam. Amnesty plant verschiedene Aktionen, die die Zivilgesellschaft vor Ort in ihrem Kampf gegen die Todesstrafe unterstützen sollen.

BOTSCHAFTERIN DES GEWISSENS

Malala Yousafzai, die bei einem Anschlag der Taliban schwer verletzte Schülerin, hat den Amnesty-Menschenrechtspreis „Ambassador of Conscience“ erhalten. Die 16-jährige wurde für ihren Einsatz für die Bildung von Mädchen geehrt. Hier ihre Rede anlässlich der Preisverleihung:

Ich möchte Amnesty International für die beharrliche Arbeit zum Schutz der Menschenrechte danken und dafür, dass mir diese Auszeichnung für unsere weltweite Kampagne für die Bildung von Mädchen zu Teil wird. Ich fühle mich wirklich geehrt, diese Auszeichnung heute gemeinsam mit dem König des Calypso in Empfang zu nehmen, der gleichzeitig auch der König von Kampagnen für die Rechte der Menschen auf der ganzen Welt ist. Ich bin eine ehrliche Bewunderin von Ihnen, Herr Harry Belafonte.

Viele von Ihnen wissen wahrscheinlich, dass meine geliebte Heimat Pakistan und die Menschen, die dort leben, in den Händen von gewalttätigen Terroristen leiden. Während weiterhin gegen unschuldige Zivilisten in Afghanistan Krieg geführt wird, sind Mädchen auf der ganzen Welt ihres Grundrechtes auf Bildung beraubt. Mädchen wie die 5-jährige Sambul sind Ziel von sexueller Gewalt. Menschenrechtler werden getötet – wie zum Beispiel Sushmita Banerjee, eine Gesundheitsarbeiterin und Autorin, die in Afghanistan erschossen wurde. Wir sehen, dass die Menschen in Syrien obdachlos sind und Kinder aus der Schule gerissen werden. In Indien leiden Kinder unter Kinderarbeit und Kinderhandel.

In vielen Ländern werden Frauen Opfer von sexuellem Missbrauch, frühen Zwangsheiraten und häuslicher Arbeit. Sie werden nicht als Menschen akzeptiert, sondern als minderwertig, vernachlässigt und marginalisiert angesehen. Vielen Frauen ist ihr Grundrecht auf Gleichheit und Gerechtigkeit verwehrt. Ich könnte weitermachen und ausführlich über die Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen sprechen, die in jeder Stunde, jeder Minute und jeder Sekunde irgendwo auf der Welt geschehen.

Ich weiß, dass jedes Mal, wenn eine Person kommt und eine Rede hält, klatscht das Publikum, geht nach Hause und denkt nicht mehr lange daran. Ich bin nicht hier, um die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, im Detail zu analysieren, sondern ich bin hier, um Ihnen eine Lösung für diese Probleme anzubieten. Vielleicht fragen Sie sich, was denn die Lösung sein kann? Ich glaube, die einzige Lösung ist Bildung Bildung und noch einmal: Bildung! Mit dieser starken Waffe können wir Gewalt, Terrorismus, Kinderarbeit und Ungleichheit bekämpfen. Die einzigen Werkzeuge, die wir dazu brauchen und die uns auf unserem Weg in eine bessere Zukunft für jede und jeden führen können, sind ein Stift und ein Buch.

Ich hoffe, dass eines Tages mein Traum wahr wird und jedes Kind in jedem Teil dieser Erde Zugang zu Bildung hat.“





goldengriffs/production

EVERYDAY REBELLION:

Aufruf zum friedlichen Ungehorsam. Eine interaktive Internetplattform

Von Anna Petretto

Das große Media Event „Power to the Pixel“ feierte vergangenes Jahr in London den besten Pitch zum Aufbau einer Cross-Media-Plattform namens „Everyday Rebellion“. Heute zählt diese noch in Beta Version befindliche Online-Tribüne bereits einige Tausend Fans und befasst sich mit den friedlichen, dafür kreativen Methoden des zivilen Ungehorsams in Zeiten des globalen Umbruchs. Das Projekt, initiiert und realisiert vom bekannten Wiener Filmduo Arman und Arash T. Riahi, unterstreicht die wuchtige Macht einer gewaltfreien Zivilgesellschaft, die auf dem pazifistischen politischen Handeln und seiner Reichweite aufbaut. Diese Macht der Zivilgesellschaft dürfe nicht unterschätzt werden, betonen zahlreiche Filmakteure – so u.a. Srdja Popovic, der Leiter des Zentrums für angewandte gewaltlose Aktion und Strategien (Canvas) in Belgrad – eines bald ins Kino kommenden gleichnamigen Dokumentarfilms, als fixen Bestandteil der Plattform. Anhand brisanter visueller Beispiele aus dem „Arabischen Frühling“, aus der Finanzkrise in Spanien, Repression in der Ukraine und „Occupy Wallstreet“ – Bewegung in den USA, bekräftigt die

Dokumentation „Everyday Rebellion“, die stärkste und größte soziale Bewegung der Menschheit würde gerade jetzt und vor allem in uns stattfinden. An uns Menschen liege es, uns zu verbinden, um zu einer großen kritischen Masse zu gelangen.

WIE MAN EINE BLUTLOSE REVOLUTION HERBEIFÜHRT. Eine Cross-Media-Plattform besteht bekanntlich nicht nur aus einem agitativen Dokumentarfilm. In regelmäßigen Abständen gibt uns auf everydayrebellion.com Srdja Popovic seine Do-It-Yourself Aktivismus-Anleitungen, wie man eine blutlose Revolution herbeiführt. In einer Home-Video Manier animiert die ehemals „rechte Hand“ des vor 10 Jahren ermordeten serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic sowie Mitbegründer und Schlüsselfigur der serbischen Widerstandsbewegung Otpor!, die Menschheit gewaltfrei zu agieren, indem er die wichtigsten Höhepunkte des globalen Widerstandes auslotet. Viele Menschen würden glauben, so die Analogie von Popovic, Mahatma Gandhi und Dr. Martin Luther King lehrten, man solle im Angesicht eines Angriffs mit Passivität antworten. Wofür sich aber Gan-

dhi und King wirklich einsetzten und es vielmehr selbst praktizierten, war ein gewaltloser Widerstand gegenüber den gesellschaftspolitischen und sozialen Missständen. Das stünde jedoch mit Passivität in keinerlei Relation.

Die Internetplattform everydayrebellion.com liefert nicht nur aktuelle Nachrichten aus heiklen Weltzonen zum Thema Widerstand, sondern dient vielmehr zum Austausch der Zivilisten, Aktivisten und Blogger innerhalb und außerhalb totalitärer Regime. Sie informiert, agiert, transportiert und verbindet. In Planung befindlich sind eine interaktive App für die Smartphones, darüber hinaus auch ein für Mobilgeräte konzipiertes Erziehungsspiel, das auch den kleinen Usern demonstriert, wie man nach demokratischen Prinzipien handelt. Zum Schluss soll noch eine Projektstudie all jenen gewidmet sein, die tatkräftig dafür optiert haben, Zwangssysteme gewaltfrei zu verändern.

Weitere Infos:
www.everydayrebellion.com

Anna Petretto ist Autorin in Wien.



SALIL SHETTY, INTERNATIONALER GENERALSEKRETÄR VON AMNESTY INTERNATIONAL AUS LONDON, SOLIDARISIERTE SICH SPONTAN MIT DEN AKTIVISTINNEN VON WIDE

KEINE ZEIT FÜR LORBEEREN

20 Jahre nach der Menschenrechtskonferenz der UNO in Wien gibt es gute Gründe zum Feiern. Doch die Zahl der offenen Baustellen ist ebenfalls groß – auch in Österreich.

Von Silke Ruprechtsberger

Als im Juni 1993 rund 10.000 internationale VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Wiener Weltmensenrechtskonferenz zusammenkamen, ahnte niemand, dass hier tatsächlich ein Meilenstein des Menschenrechtsschutzes gesetzt werden würde: „Seit und durch Wien ist sehr viel geschehen“, sagt Navathenem Pillay, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte: So wurden nationale Prüfverfahren geschaffen, der Internationale Strafgerichtshof und – auf großen Druck von NGOs wie AI – auch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte selbst.

„Ein weiteres, wichtiges Ergebnis war der Konsens darüber, dass die Menschenrechte universell, unteilbar und miteinander verbunden sind und nicht nur aus politischen und bürgerlichen, sondern auch wirtschaftlichen und sozialen Rechten bestehen“, betonte die Südafrikanerin, die während des Apartheidsregimes als Anwältin und später etwa als Richterin des Internationalen Strafgerichtshofs arbeitete, im Vorfeld der „Vienna+20“. Unter diesem

Motto lud das österreichische Außenministerium heuer mehr als 100 internationale ExpertInnen zum 20-Jahr-Jubiläum in die Wiener Hofburg. Dass dort zwar die Errungenschaften gewürdigt wurden, aber dennoch keine Feierstimmung aufkommen mochte, lag nicht zuletzt an den Gräueltaten

„DOKUMENTE ZU UNTERZEICHNEN IST ZU WENIG, MAN MUSS DIE BESCHLOSSENEN INHALTE AUCH UMSETZEN.“

AI-GENERALSEKRETÄR
SALIL SHETTY

im Syrienkrieg. So betonten hochrangige MenschenrechtlerInnen, darunter neben Pillay auch die jemenitische Nobelpreisträgerin Tawakkol Karman und AI-Generalsekretär Salil Shetty, in ihren Impulsreferaten einhellig, dass noch viel zu tun sei.

Handlungsbedarf ortet Pillay auch bei der Alpenrepublik. „Österreich hat die meisten Konventionen unterzeichnet und zeigt hier echtes Engagement. Es

muss sich aber um häusliche Gewalt, Minderheitenschutz und Migrationsfragen kümmern und die Sparmaßnahmen unter einen menschenrechtlichen Fokus stellen“, so die UN-Hochkommissarin im Vorfeld der „Vienna+20“. Heimische ExpertInnen wie Manfred Nowak, Leiter des Boltzmann Instituts für Menschenrechte, bemängeln, dass in Österreich bislang eine unabhängige, nationale Menschenrechtsinstitution fehlt. Während Außenminister Michael Spindelegger hier damit konterte, dass man „nicht immer auf das schauen soll, was es nicht gibt, sondern auf das, was es schon gibt“, ist diese Forderung auch im 12-Punkte-Katalog der österreichischen NGOs enthalten. Weitere Punkte sind eine unabhängige Untersuchungseinrichtung für Fälle von Polizeimissbrauch und die Novellierung und Harmonisierung des Antidiskriminierungsrechts.

Silke Ruprechtsberger ist Journalistin und PR-Expertin und absolviert derzeit einen Masterlehrgang für Menschenrechte an der Donau-Uni Krems.

ERFOLGE



SOLIDARITÄT MIT DEN GEWISSENSGEFANGENEN IM IRAN

Anfang Juni fand auf der Wiener Mariahilferstraße eine Protestaktion gegen die Menschenrechtslage im Iran statt. Schahram Gudarzi ließ sich für 100 Stunden einsperren, um Passanten auf die Situation in seinem Heimatland aufmerksam zu machen. Am Tag der Präsidentschaftswahlen im Iran fand eine große Befreiungsaktion statt. Der international bekannte Menschenrechtsanwalt Mohammad Mostafaei, der im Exil in Norwegen lebt, unterstützte die Aktion und war extra angereist. Mostafaei verteidigte zuletzt Sakineh Mohammadi Ashtiani, deren Verurteilung zum Tod durch Steinigung wegen Ehebruch durch die Weltpresse ging. „Ich möchte mit meiner Aktion auf Menschen, die im Iran zu Unrecht im Gefängnis sitzen, aufmerksam machen,“ so Schahram Gudarzi.

AMNESTY INTERNATIONAL



„FRAUENPOWER AUF ARABISCH“ JENSEITS VON KLISCHEE UND KOPFTUCHDEBATTE

Die Gruppe Mondsee feierte am 15. September mit einem Vortrag von Karim El Gawhari und der Präsentation seines neuen Buches „Frauenpower auf Arabisch“ ihr 30-jähriges Bestehen. In seinem Buch lässt Karim El-Gawhary die Frauen selbst zu Wort kommen. Ihre berührenden Geschichten und Erlebnisse sprechen für sich und dafür, was sie im und nicht auf dem Kopf haben. Fern von Klischees beschreibt er ganz unterschiedliche Frauen ohne dabei sozial-romantisch und beschönigend zu werden. Da ist einerseits Umm Khaled, die sich in der Männerdomäne der LKW-Fahrer behauptet hat und mit einem 30-Tonner durch Ägypten fährt, Umm Naama, die mit 1 Euro pro Tag eine sechsköpfige Familie ernähren muss; oder die Geschichte einer Straßenbrotverkäuferin aus Suez, die die Bürokratie überwunden und eine Gewerkschaft für ihre Kolleginnen gegründet hat. Die einfühlsam erzählten Geschichten, klaren Antworten und spannenden Begegnungen im Anschluss an die Veranstaltung zeigten einen kritischen und humorvollen Journalisten und Autor.

GLEICHBERECHTIGT LEBEN UND LIEBEN – EIN SOMMER IM ZEICHEN DER LGBTI-RECHTE

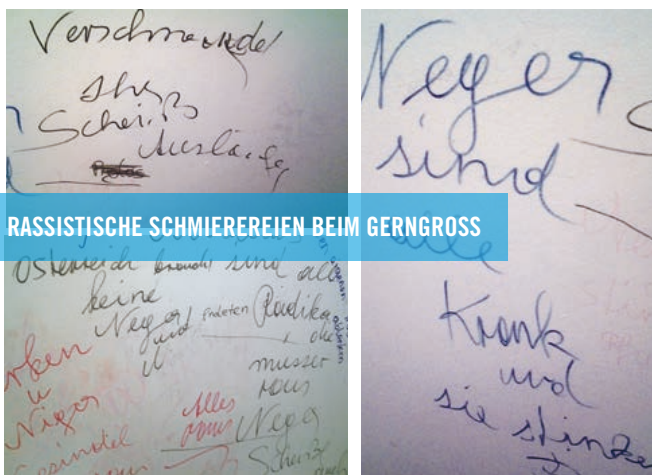


AktivistInnen von Amnesty International waren auf vielen heimischen Musikfestivals präsent und setzten sich gemeinsam mit den FestivalbesucherInnen für gleichberechtigtes Leben und Lieben ein. www.amnesty.at/liebe

Bei der Eingetragenen Partnerschaft, wie sie in Österreich 2010 für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt wurde, wurde eine Chance auf eine gleichberechtigte Gesellschaft verpasst. Trotz Verbesserungen bestehen weiterhin diskriminierende Unterschiede zur Ehe. Amnesty International spricht sich gegen jegliche Diskriminierung aus und fordert deshalb die vollständige Gleichstellung der Eingetragenen Partnerschaft mit der Ehe. Tausende Menschen haben in den letzten Monaten unsere Forderung unterstützt. Die gesammelten Unterschriften wurden am 5. September 2013 an die Vorsitzenden der Nationalratsparteien übergeben.

RASSISMUS IM ÖFFENTLICHEN RAUM WAS TUN?

Ein Erfahrungsbericht
von Barbara Schodl



RASSISTISCHE SCHMIEREREIEN BEIM GERNGROSS

Diese Frage stellte ich mir, als ich Anfang Juli die Damentoilette des Kaufhauses Gerngross auf der Wiener Mariahilfer Straße aufsuchte, denn die beiden Kabinen im Untergeschoß waren über und über mit rassistischen und islamophoben Beleidigungen bedeckt.

Klar war für mich, dass diese Äußerungen sowohl dokumentiert als auch entfernt werden mussten. Daher fotografierte ich die Schmierereien mit meinem Handy und schickte diese dann an ZARA. Außerdem erkundigte ich mich, was das Kaufhaus nun tun müsste. Mir wurde mitgeteilt, dass solche Beschimpfungen vom Gebäudeinhaber zu entfernen sind und, dass ZARA das Kaufhaus bereits über die Schmierereien informiert hätte.

Als ich 2 Wochen später erneut dort war, stellte ich jedoch fest, dass sich lediglich einige andere Personen kritzelnd gegen diese Ausfälle auf der Toilettenwand gewandt hatten: Gerngross selbst scheint damit keine Probleme zu haben.

ZIVILCOURAGE LÄSST SICH LERNEN. IN DER AMNESTY ACADEMY.

Anti-Rassismus Lehrgang der Amnesty Academy

Kooperation mit ZARA-Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Sie wollen Ihren Handlungsspielraum und Ihre Kompetenzen im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im Berufsleben erweitern? Sie wollen im Alltag gekonnt eingreifen, wenn Ihnen oder anderen Unrecht geschieht? Dann ist der Anti-Rassismus Lehrgang das Richtige für Sie. Termine und detaillierte Informationen zum Lehrgang 2014 finden Sie im Amnesty Academy Programm 2014 und ab Dezember 2013 unter www.amnesty-academy.at



EINLADUNG ZUR MENSCHEN- RECHTSTAGUNG 2013

Sexuelle und reproduktive Rechte umfassen eine ganze Palette von sehr persönlichen Angelegenheiten, wie Sexualität, Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft. Und vor allem geht es um Entscheidungsfreiheit. Denn alle Menschen dürfen selbst bestimmen, wen sie heiraten, mit wem sie Sex und wann sie Kinder haben wollen. Aber diese Rechte werden auf der ganzen Welt verletzt, denn in vielen Staaten wird der Schutz von sexuellen und reproduktiven Rechten stark vernachlässigt und eingeschränkt. Die Tagung „Mein Körper. Meine Rechte. Aktivismus. Menschenrechte. Sexualität. selbstbestimmt“ widmet sich deshalb diesem Themenkomplex. Einen zweiten Schwerpunkt bilden die Aktivismus-Workshops, die verschiedene Aktivismusformen vorstellen und Raum bieten, diese auch gleich auszuprobieren.

DETAILS ZUR TAGUNG, DEN WORKSHOPS UND MEHR ZUM THEMA FINDEN SIE UNTER:

www.amnesty.at/menschenrechtstagung2013

Wann? 8. - 10. November 2013

Wo? Bildungshaus Schloss Retzhof, Dorfstraße 17,
8430 Leirring/ Leibnitz

Anmeldung online auf: www.amnesty.at/menschenrechtstagung2013

Anmeldung - bis wann? 16. Oktober 2013

Teilnahmebeitrag: Die Kosten für die Tagung werden von Amnesty International getragen (exklusive Anreise, Übernachtung, Verpflegung und evtl. Materialkosten).





„MAN KANN DIE KRANKEN NICHT EINFACH WEGSCHICKEN“

Von Sonja Fercher

Eigentlich sei alles wie in einer ganz normalen Arztpraxis“, meint Carina Spak. „Volles Wartezimmer und lange Wartezeiten. Der einzige Unterschied: Alle Wartenden haben keine Krankenversicherung.“ Spak ist Leiterin von Amber Med, eine Einrichtung von Diakonie und des Roten Kreuzes, bei der jene medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, die keine E-Card haben. Die Hälfte der Patienten im Wartezimmer sind Asylbewerber. Aber auch aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien sowie Serbien kommen Menschen zu Amber Med.

Bei Amber Med können sich die betroffenen Personen sicher fühlen, denn es werden keinerlei Daten weitergegeben. „Die Fremdenpolizei ist noch nie bei uns aufgetaucht“, sagt Spak. Das Vertrauen sei so groß, dass die Patienten in der Regel ihren Namen angeben, obwohl sie sich auch anonym behandeln lassen könnten. Für die Ärzte ist das wichtig, schließlich können so Krankenakten laufend weitergeführt werden, was die Behandlung erleichtert. Diese Versorgung erhalten sie von Ärzten, die allesamt ehrenamtlich arbeiten. Finanziert wird die Einrichtung nämlich aus öffentlicher Hand nur zu

40 Prozent, der Rest kommt aus privaten Quellen.

Dennoch können nicht alle medizinischen Probleme ambulant behandelt werden. Die schwereren Fälle müssen ins Krankenhaus überwiesen werden. Hier wird die Sache für Nicht-Versicherte jedoch wesentlich schwieriger:

„MAN KOMMT IM KRANKENHAUS NICHT ZUM ARZT OHNE E-CARD UND CASH ODER AUSWEIS.“

CARINA SPAK
LEITERIN VON AMBER MED

Denn gesetzlich sind Spitäler nur dazu verpflichtet Kranke zu behandeln, wenn diese in Lebensgefahr sind, oder aber Schwangere kurz vor der Geburt. Kostenlos ist die Behandlung aber auch in diesen Fällen nicht. Die Sorge vor den Kosten schreckte erst kürzlich eine schwangere Irakerin davor zurück, sich mit ihrer Fehlgeburt behandeln zu lassen. Dabei war sie sogar im Wiener St. Josef-Spital gelandet, wo es einen Sozialfonds für eben solche Fälle gibt. Das Wissen über diese Beihilfen ist jedoch vor allem bei den Betroffenen noch sehr gering.

Die wichtigste Anlaufstelle für Migranten in Wien ist das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder. „Bei uns gibt es nur eine Voraussetzung: Dass der Mensch krank ist“, erklärt Sprecherin Christa Praher-Ennöckl die Politik ihres Hauses. Auch außerhalb der Landeshauptstadt ist es für Personen ohne Krankenversicherung möglich ärztliche Versorgung zu erhalten, wie etwa in der Marienambulanz in Graz. Auch in einzelnen NGOs gibt es medizinisches Personal, welches in Anspruch genommen werden kann.

Dass der Bedarf an medizinischer Versorgung Nicht-Versicherter mehr steigt als zu sinken, zeigen allein schon die Patientenzahlen von Amber Med: Im Jahr 2011 waren es 816, im Jahr 2012 stieg ihre Anzahl auf 1592 an – allein bis Juni 2013 suchten bereits 1260 Patienten die Einrichtung im 23. Wiener Gemeindebezirk auf. „Also noch einmal ein Drittel mehr“, rechnet Carina Spak vor – nicht ohne darauf hinzuweisen, dass ehrenamtliche Ärzte jederzeit willkommen sind, um die steigende Zahl an hilfsbedürftigen Patienten behandeln zu können.

Sonja Fercher ist freie Journalistin und Moderatorin in Wien.

WER DIE STAATSBÜRGERSCHAFT HAT, HAT DIE WAHL

Von Alexandra Schiessendoppler

Österreich hat gewählt. Doch längst nicht alle durften zur Urne schreiten. Eine Million Menschen in Österreich sind nämlich nicht wahlberechtigt. Denn unser Land gehört zu jener Minderheit von 12 europäischen Staaten, in dem das Wahlrecht strikt an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Das bedeutet für unsere Mitbürger, dass sie zwar den österreichischen Gesetzen unterworfen sind, diese aber über ihre Köpfe hinweg entschieden werden.

ICH WOHNE HIER, ICH WÄHLE HIER

Um auch diesen Menschen eine Stimme zu geben, setzen sich verschiedene Initiativen für die Partizipation derer ein, die nicht im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft sind. SOS-Mitmensch initiierte erste „Pass egal Wahl“. „Menschen ohne österreichischen Pass sind ein wichtiger Bestandteil Österreichs. Sie sind im Alltag nicht unsichtbar und sollten es auch nicht länger für die Politik sein“, so Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

Die Idee, die ausländischen Mitbürger auch ohne österreichischen Pass wählen zu lassen, wurde 2003 im Rahmen der Kampagne „Österreich für alle gleich“ geboren. Die Initiative „WahlweXel – jetzt!“ hat das Konzept neu belebt. Wahlwechsel bedeutet, dass Nichtwahlberechtigte einen Wahlauftrag an Wahlberechtigte erteilen, welche dann in ihrem Namen ihr Kreuz setzen.

Alexandra Schiessendoppler ist Studentin der Publizistik und Praktikantin bei Amnesty International Österreich.



Fanny, Rassismusforscherin und politische Aktivistin, ist gebürtige Wienerin mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Sie sieht sich vor allem als politische Aktivistin und ist Mitinitiatorin vom diesjährigen Wahlwechsel. Sie verleiht schon seit 10 Jahren in ihrem Freundeskreis denen ihre Stimme, die aufgrund des Wahlrechts ausgeschlossen sind am politischen Geschehen teilzunehmen. Auf der einen Seite möchte Fanny damit jenen helfen, die davon ausgeschlossen sind, in der derzeitigen parlamentarischen Demokratie mitzubestimmen und auf der anderen Seite möchte sie eine Debatte auslösen darüber, dass zur letzten Wahl 1,3 Millionen nicht gegangen sind, weil sie sich nicht repräsentiert gefühlt haben. Sie gibt ihre Stimme her, weil es viele Menschen gibt, die genauso in politischen Bewegungen aktiv sind und Interesse haben, und sie nicht einsieht warum deren Stimmen weniger zählen sollten, nur weil sie nicht im Besitz eines österreichischen Passes sind.

Ilil, Angestellte, stammt aus Israel und kam vor einem Jahr nach Österreich um hier zu arbeiten.

„Es ist egal was du willst, es geht darum, dass du wählen kannst.“, sagte Ilils Mitbewohner zu ihr, durch den sie auf den Wahlwechsel gekommen ist. Sie hat sich oft ausgeschlossen gefühlt, da ihre Arbeitskollegen oft über die Wahl diskutieren, sie aber aufgrund dessen, dass sie nicht partizipieren kann, auch nur oberflächlich an innerpolitischen Themen interessiert war. Solange sie nicht politisch partizipieren darf, wird ihr nicht die Möglichkeit gegeben sich vollständig zu integrieren. Dadurch dass sie jetzt doch wählen kann, wird sich zwar nicht alles ändern aber sie ist kein Geist und will mitbestimmen was mit ihr passiert, da sie ein Teil der Bevölkerung ist.



ZIVILCOURAGE BEDEUTET FÜR MICH SICH FÜR WERTE UND MENSCHENRECHTE EINZUSETZEN, UNABHÄNGIG DAVON OB ES LEICHT, ANGENEHM ODER GESELLSCHAFTLICH ERWÜNSCHT IST. WICHTIG IST FÜR MICH EIN SICH-EINSETZEN UM SITUATIONEN ZU ÄNDERN, DIE MENSCHEN KLEINHALTEN ODER HERABWÜRDIGEN BZW. DISKRIMINIEREN.

Martin Ladstätter,
BIZEPS - Zentrum für Selbstbestimmtes Leben

MENSCHENRECHTE SIND KEINE SOZIALMASSNAHMEN

Von Martin Ladstätter

Anfang September wurden Österreichs Fortschritte bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von einem Fachausschuss (Prüfungskomitee der UNO) in Genf kontrolliert.

Diese Überprüfung ist Teil der vertraglichen Vereinbarung zwischen der UNO und Österreich und fand erstmals statt. Verständlich daher, dass sowohl die offiziellen Vertreterinnen und Vertreter der Republik und der NGOs sowie des Monitoringausschusses als auch der Volksanwaltschaft gespannt waren, wie dieser Prüfprozess ablaufen wird. Begonnen hatte das Verfahren mit einem verpflichtenden Bericht Österreichs (genannt Staatenbericht) an die UNO, in dem der aktuelle Stand der Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen auf Bundes- und Landesebene detailliert dargestellt werden musste. Ergänzt wurde dieses Papier für die UNO durch einen sogenannten Zivilgesellschaftsbericht, in dem die NGOs die Möglichkeit hatten, schönfärberische Erklärungen des Staates zu kommentieren.

VERSÄUMNISSE DER ÖSTERREICHISCHEN MENSCHENRECHTSPOLITIK. Die größte Überraschung für mich als bei der Staatenprüfung anwesender Vertreter einer NGO (BIZEPS-Zentrum für Selbstbestimmtes Leben) war, mit welcher umfassenden Vorbereitung die Mitglieder des UN-Prüfungskomitees in das Verfahren gegangen sind. Es wurden grundsätzliche Versäumnisse der österreichischen Menschenrechtspolitik für Menschen mit Behinderungen aufgezeigt (Bildungsfragen, Barrierefreiheit, Sachwalterschaft, ...), als auch sehr detaillierte Fragen besprochen.

Besonders erfreulich war, dass es dem Prüfungskomitee um die Einhaltung von Menschenrechten ging und nicht – wie in Österreich noch häufig im öffentlichen Bewusstsein – diese Maßnahmen dem Bereich der Sozialhilfe zugeordnet werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER UNO. Das Komitee empfiehlt in dem 8seitigen und 58 Punkte umfassenden Bericht u. a., dass der Bund und die Länder größere Anstrengungen unternehmen, um die Deinstitutionalisierung voranzutreiben, sodass Menschen mit Behinderungen ihren Wohnort frei wählen können. Auch das System der Sachwalterschaft wird heftig kritisiert. Es bleibt wirklich noch sehr viel zu tun. Die Handlungsempfehlungen der UNO sind hier in Englisch und Deutsch nachlesbar: www.bizeps.or.at/links.php?nr=149

Martin Ladstätter ist Leiter des Beratungszentrums für Menschen mit Behinderung „BIZEPS – Zentrum für Selbstbestimmtes Leben“, Mitglied des Unabhängigen Monitoringausschusses zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie des Menschenrechtsbeirates der Volksanwaltschaft.



AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH TRAUERT UM DIE LANGJÄHRIGE MITARBEITERIN **CHRISTL SCHMUTZ**

Anfang August erreichte uns die erschütternde Nachricht, dass Christl Schmutz, geb. Purucker und ihr Ehemann bei einem Autounfall in Ungarn ums Leben gekommen sind.

Christl war seit den 70er-Jahren unsere erste Angestellte im Amnesty-Büro und organisierte neben vielen anderen Veranstaltungen gemeinsam mit Ingrid Reusch die einzige jemals in Österreich ausgerichtete Internationale Ratstagung. Ab den 90er-Jahren war

sie sehr erfolgreich als Kanzleileiterin in einer der größten Wiener Rechtsanwaltskanzleien tätig. Seit ihrem Pensionsantritt war sie ehrenamtliche Büromitarbeiterin im Amnesty-Büro im Urgent Action Team.

Sie hinterlässt zwei erwachsene Kinder mit ihren Lieben und unzählige Menschen, die die Freude hatten, mit ihr in der einen oder anderen Form zusammenarbeiten zu dürfen.

Die Geschichte von Amnesty Österreich und die Person Christl gehören

einfach zusammen. Das wird auch immer so bleiben, auch wenn wir den Weg jetzt ohne ihre Unterstützung weitergehen müssen. Noch können wir das gar nicht fassen, alle im Büro sind geschockt und traurig.

Unfassbar, das Christl als „lebendiges Amnesty-Geschichtenbuch“ nicht mehr einfach bei der Tür reinschneiden wird! Das Bild davon wird aber in unseren Köpfen bleiben und wir sind dankbar, dass wir ein Stück Amnesty-Weg mit ihr gehen durften.

AMNESTY INTERNATIONAL BRIEFMARATHON 2013

Ihre Stimme zählt!



Auch dieses Jahr findet wieder von 2. bis 16. Dezember der Amnesty International Briefmarathon statt. Wir setzen damit ein starkes Zeichen der Solidarität mit Menschen, die selbst für Menschenrechte kämpfen, die als Gewissensgefangene inhaftiert, bedroht oder gefoltert werden.

Im Rahmen des Amnesty International Briefmarathon 2012 wurden über 1.900.000 Briefe, Solidaritätspostkarten, Faxe, E-Mails und Online-Appelle weltweit verschickt! In Österreich beteiligten sich rund 6.300 Menschen am letztjährigen Briefmarathon. Setzen wir auch dieses Jahr gemeinsam ein Zeichen der Solidarität und verleihen mutigen MenschenrechtsverteidigerInnen eine zusätzliche Stimme. Wenn Tausende Menschen überall auf der Welt aktiv werden und die zuständigen Behörden mit Appellen überhäufen, wächst der Druck auf die Verantwortlichen, tätig zu werden.

Auf unserer Webseite www.amnesty.at informieren wir Sie in Kürze über den diesjährigen Briefmarathon und darüber, wie Sie ein Teil davon werden können. Jede Stimme zählt!



VERÄNDERN WIR GEMEINSAM DIE WELT!



SEPA kommt – Wir stellen um!

Amnesty International Österreich informiert Sie über die Umstellung unseres Zahlungsverkehrs

SEPA steht für Single Euro Payments Area und bezeichnet die Vereinheitlichung des nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs im europäischen Raum. SEPA tritt am 1. Februar 2014 in Kraft.

Für Sie als SpenderIn gilt: Sie müssen nichts unternehmen. An Ihrer Spende sowie der Höhe und Regelmäßigkeit Ihrer Unterstützung ändert sich nichts!

Amnesty International übernimmt die notwendigen Maßnahmen zur Umstellung und informiert Sie vorschriftsgemäß über die Veränderungen. Mit November 2013 soll die Umstellung auf SEPA erfolgen: Ab diesem Zeitpunkt werden alle Einzüge auf SEPA-Lastschriften umgestellt. Ihre Mandatsreferenznummer, die als Identifikationsnummer für Ihre Spendenvereinbarung mit uns dient, erhalten Sie mit Ihrer ersten Spende per SEPA-Lastschrift. Sie wird auf Ihrem Kontoauszug ausgewiesen. Die Creditor-ID von Amnesty International Österreich, die uns eindeutig als Zahlungsempfängerin identifiziert, lautet: AT37ZZZ00000018476.

Haben Sie dazu Fragen? Wenden Sie sich einfach an uns: spenden@amnesty.at

VIELEN DANK FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!

AMNESTY ACADEMY

KURS AUF MENSCHENRECHTE.

Wir bilden die Zivilgesellschaft.

Es gibt viel zu tun in dieser Welt: Gegen Rassismus. Gegen Diskriminierung. Gegen Unrecht. Und für Menschenrechte. Die Amnesty Academy ist die Bildungseinrichtung von Amnesty International Österreich. In den Veranstaltungen zu menschenrechtlichen Themen wird Wissen mit Aktivismus verknüpft. Praxisorientiert. Unabhängig. Und mit der Erfahrung internationaler ExpertInnen.



Eine lebendige Demokratie braucht kritische und bewusste Menschen, die ihre Stimme erheben und aktiv werden, wenn Unrecht passiert. Die Amnesty Academy leistet dazu seit 10 Jahren einen wichtigen Beitrag. Die Zivilgesellschaft in Österreich stärken, einen Raum für fundierte und leicht verständliche Menschenrechtsbildung schaffen, Platz bieten, die eigene Haltung zu verschiedensten Themen zu hinterfragen und die eigenen Fähigkeiten zu Menschenrechten zu

erweitern. Das sind die Ziele, welche die Amnesty Academy seit nunmehr 10 Jahren mit großem Erfolg verfolgt. Die Bildungseinrichtung bei Amnesty International Österreich vermittelt nicht nur Wissen, sie bringt vielmehr auch Menschen mit den verschiedensten Biografien zusammen. Mehr als 4.000 TeilnehmerInnen nutzten in den letzten zehn Jahren die vielfältigsten Amnesty Academy Veranstaltungen, um sich auszutauschen und ihr Menschenrechtswissen zu erweitern.

DIE AKTUELLEN KURSE DER AMNESTY ACADEMY IM HERBST 2013

Grenzen überschreiten.

Spannungsfeld Migration, Staatsbürgerschaft und Menschenrechte

12.10.2013

(K)ein Thema?

Rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, transgender und intersexuellen Personen

25.10.2013

Da muss man doch etwas tun!

Hintergründe und Dynamik der internationalen Menschenrechtspolitik

15.11.2013

Gerechtigkeit einfordern!

Was passiert mit TäterInnen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen?

16.11.2013

Flucht ist niemals freiwillig!

Umgang mit dem Asylrecht in Österreich

29.11.2013

Nähere Informationen unter

www.amnesty-academy.at

oder Tel.: 01-78008

AMNESTY
INTERNATIONAL



ACADEMY

AKTIV FÜR MENSCHENRECHTE

Sie können unmittelbar etwas bewegen – mit den angehängten Postkarten. Der massive internationale Druck von Menschen wie Ihnen zeigt Wirkung: Unschuldige werden freigelassen, bedrohte Menschen werden geschützt, zum Tode Verurteilte werden nicht hingerichtet. Ihre Unterschrift macht einen Unterschied!

Wenn Sie sich regelmäßig gegen drohende Menschenrechtsverletzungen einsetzen möchten, werden Sie doch Teil unseres Urgent-Action-Netzwerks! Informationen dazu und weitere Appelle finden Sie auf unserer Website unter www.amnesty.at/urgentaction.

TÜRKEI:

Gerechtigkeit für Ahmet Yıldız!

privat



Der Staat hat versagt, Ahmets Recht auf Leben zu schützen und den Mord an ihm zu verhindern“
(Ibrahim Can, Partner von Ahmet Yıldız)

Fünf Jahre ist es nun her, dass Ahmet Yıldız, 26-jähriger Student in Istanbul, ermordet wurde. Er wurde auf offener Straße mutmaßlich vom eigenen Vater erschossen, weil er homosexuell war. Der Fall ist zum Symbol für das Versagen der türkischen Behörden geworden, gegen homophob motivierte Gewaltverbrechen vorzugehen.

Am 15. Juli 2008 verließ Ahmet Yıldız gegen 23 Uhr seine Wohnung im Stadtteil Üsküdar im asiatischen Teil von Istanbul, um noch Eis zu kaufen. Kurz darauf hörte sein Lebenspartner Ibrahim Can Schüsse. Als er hinunterlief, sah er, dass auf seinen Lebenspartner geschossen worden war. Ahmet Yıldız starb noch am Tatort. Vier Kugeln hatten ihn in die Brust getroffen.

Erst drei Monate nach dem Mord wurde ein Haftbefehl gegen den einzigen Verdächtigen, den Vater von Ahmet Yıldız, ausgestellt. Zu diesem Zeitpunkt war dieser bereits flüchtig, und ist bisher noch nicht festgenommen worden.

Fordern Sie den Justizminister auf, den einzigen Verdächtigen endlich in einem fairen Verfahren vor Gericht zu stellen. Verlangen Sie eine Untersuchung bezüglich der unterlassenen Schutzmaßnahmen für Ahmet Yıldız. Drängen Sie die türkischen Behörden darauf, endlich gegen homophob motivierte Gewaltverbrechen vorzugehen.

(Porto Standardbrief bis 20 g; EUR 0,62)

JEMEN:

Keine Todesstrafe für Fatima Hussein Badi



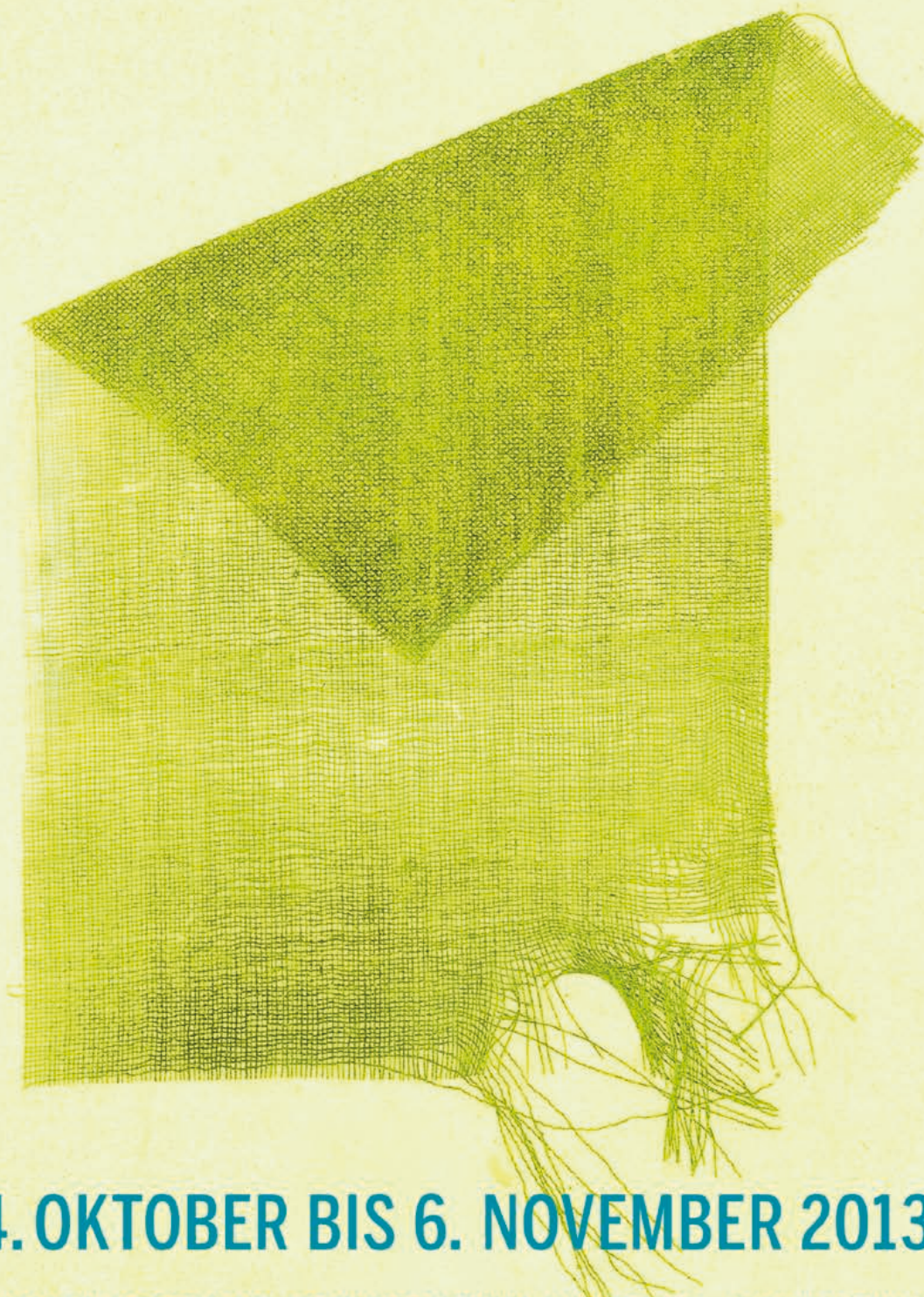
Seit mehr als 12 Jahren sitzt Fatima Hussein Badi im Jemen in der Todeszelle, obwohl der Oberste Gerichtshof sie vom Vorwurf des Mordes freigesprochen hat. Der vierfachen Mutter droht die Hinrichtung. Fatima Hussein Badi und ihr Bruder Abdullah Hussein Badi wurden am 13. Juli 2000 verhaftet, weil sie im Verdacht standen, Fatimas Ehemann, Hamoud Ali al-Jalal, ermordet zu haben. Die Polizei verhörte Fatima fünf Stunden lang, ohne dass ein Rechtsbeistand anwesend war. Als sie sich weigerte, den Mord zu gestehen, wurde ihr Bruder Abdullah vorgeführt – mit blutüberströmtem Gesicht. Man drohte ihr, sie in Anwesenheit des Bruders zu vergewaltigen. Um sie davor zu bewahren, soll ihr Bruder daraufhin die Tat gestanden haben. Beide wurden im Februar 2001 zum Tode verurteilt. In mehreren gerichtlichen Anhörungen hatten die Geschwister keinen rechtlichen Beistand. Im September 2003 befand der Oberste Gerichtshof, dass Fatima Hussein Badi sich zwar der Mithilfe, nicht aber des Mordes schuldig gemacht habe und reduzierte die Strafe auf vier Jahre Haft. Doch nach einer Intervention durch den Staatspräsidenten wurde der Fall erneut überprüft und die Reduzierung des Strafmaßes rückgängig gemacht. Fatima Hussein Badi ist damit weiterhin in Gefahr, hingerichtet zu werden. Das Urteil gegen ihren Bruder wurde bereits 2005 vollstreckt. Fatima Hussein Badi droht das gleiche Schicksal.

Fordern Sie den jemenitischen Präsidenten auf, das Todesurteil gegen Fatima Hussein Badi in eine Haftstrafe umzuwandeln!

(Porto Standardbrief bis 20g; 0,62 Euro)w

VIENNALE

Vienna International Film Festival



24. OKTOBER BIS 6. NOVEMBER 2013

0800 664 013 A1-FREELINE • TICKETS AB 19. OKTOBER • WWW.VIENNALE.AT